

Fakten aus Berlin



28. März 2007

Frank Hofmann

11011 Berlin
Telefon 030/227 73820

97421 Schweinfurt, Kornmarkt 17
Telefon 09721/715715

Neue Chancen für die Pendlerpauschale? Hoffnung bei BayernSPD und DGB durch Finanzgerichte

Nach dem niedersächsischen Finanzgericht hat auch das Finanzgericht des Saarlandes die Kürzung der Pendlerpauschale als verfassungswidrig eingestuft und deswegen das Bundesverfassungsgericht angerufen. Das saarländische Finanzgericht erklärte, die Neuregelung sei ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes. Zudem verstoße die Kürzung gegen den ebenfalls im Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie. Denn in Fällen, in denen beide Ehegatten berufstätig seien, hänge die Wahl des Wohnsitzes nicht allein von privaten Erwägungen ab.

Der DGB hat nun alle Arbeitnehmer aufgerufen, gegen die Kürzung der Pendlerpauschale Einspruch einzulegen. Auf der Gewerkschafts-Homepage stellt der DGB Musterbriefe an die Finanzbehörden zur Verfügung, mit dem die Arbeitnehmer beim Finanzamt Einspruch gegen die Kürzung erheben können. Die Widerspruchsaktion des DGB findet die volle Unterstützung der BayernSPD.

Diese Urteile sind ein gutes Signal für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wie die niedersächsischen und saarländischen Richter hält auch die SPD-Landesgruppe Bayern im Deutschen Bundestag diese Regelung für verfassungsrechtlich bedenklich. Unsere Einschätzung wurde jedoch nicht von der Gesamtfraktion der SPD und von der CDU/CSU-Fraktion geteilt.

Die BayernSPD hat ein halbes Jahr lang gegen die Kürzung der Pendlerpauschale gekämpft. Wir wollten mit der CSU eine kleine Koalition für Bayern innerhalb der großen Koalition schmieden. Aber die CSU hat das Angebot ausgeschlagen und die Arbeitnehmer im Regen stehen lassen. Wir hatten bis zuletzt versucht, die Kürzung zu verhindern und klar gemacht, daß wenn Arbeitnehmer in Zukunft mehr Steuern zahlen müssen, dann haben sie das der CSU zu verdanken. Eine Korrektur wäre sogar kurz vor der Abstimmung noch möglich gewesen. Die SPD-Landesgruppe Bayern hatte konkrete Vorschläge für ein Alternativmodell vorgelegt, mit dem die bayerischen Pendler deutlich besser gefahren wären. Die Unionsabgeordneten haben dagegen in der Debatte bekannt, dass sie die Pendlerpauschale eigentlich vollständig streichen wollen. Das zeigt deutlich: Die CSU hat keine Vorstellung von der Lebensrealität der bayerischen Arbeitnehmer.

Die Prioritätensetzung der CSU ist grotesk: Aus dem Umzug von ein paar BND-Schlapphüten nach Berlin macht sie eine Staatsaffäre, aber für Millionen von bayerischen Arbeitnehmern macht sie keinen Finger krumm. Auch die örtlichen CSU-Abgeordneten reden ständig von der Stärkung des ländlichen Raums, aber wenn es ernst wird, verweigern sie ein gemeinsames Handeln für unsere Heimat.